



Gemeinde Mainhardt

Niederschrift über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderats vom 24. November 2021

Beginn: 17:40 Uhr
Ende: 19:25 Uhr

Vorsitzender

Komor, Damian

Mitglieder

Braun, Volker
Enderle, Alexander
Feger, Heiko
Feuchter, Wolfgang
Hofmann, Bettina
Holdreich, Julia
Kempel, Stephan
Koppenhöfer, Thomas
Kotzel, Lena
Müller, Simon
Noller, Janik
Röger, Karina
Rudolph, Dominik
Schoch, Joshua
Schoch, Tilman
Schweizer, Bernhard
Truckenmüller, Wolfgang
Walz, Birgit, Dr. (bis 19.00 Uhr)
Weydmann-Sziel, Karin

Schriftführung

Häfner, Daniela

Verwaltung

Göbel, Marvin
Heiden, Volker
Kübler, Daniela
Wagenländer, Friedmar

Ortsvorsteher

Danner, Tanja
Feger, Jürgen
Wagner, Thomas

Öffentliche Sitzung vom 24. November 2021

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder

Braun, Doris (privat verhindert)
Schanzenbach, Bernd (privat verhindert)
Schanzenbach, Dietmar (beruflich verhindert)
Weller, Ulricke (beruflich verhindert)

Zur Beurkundung:

Damian Komor
Bürgermeister

Daniela Häfner
Schriftführerin

Gemeinderat:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

		Vorlage Nr.
TOP 1	Bekanntgaben	
TOP 2	Anfragen und Anregungen des Gemeinderats	
TOP 3	Einwohnerfragestunde	
TOP 4	Bewirtschaftungsplan Gemeindewald 2022	056/2021
TOP 5	Neukalkulation Wasserverbrauchsgebühren	057/2021
TOP 6	Satzung zur Änderung der Wasserversorgungssatzung	059/2021
TOP 7	Neukalkulation Abwassergebühren	058/2021
TOP 8	Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung- AbwS) der Gemeinde Mainhardt vom 27.09.2006	060/2021
TOP 9	Neubesetzung der Stelle des/der der Jugendreferent/-in	062/2021
TOP 10	Investive Maßnahmen 2022	055/2021
TOP 11	Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung in der Römerstraße - Bericht aus der Kreisverkehrsschau 2021	045/2021

Öffentliche Sitzung vom 24. November 2021

§ 1 Bekanntgaben

Beratungsverlauf:

BM **Komor** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie Frau Peters als Vertreterin der Presse. Außerdem begrüßt er die Mitglieder des Gemeinderats, die sich zur Online-Sitzung zugeschaltet haben. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

BM **Komor** weist darauf hin, dass die Termine für die Sitzungen des Gemeinderats für das kommende Jahr bereits verschickt und in Session eingestellt wurden.

Außerdem berichtet er über den aktuellen Stand der Corona-Situation in der Gemeinde. Dabei gibt BM **Komor** bekannt, dass das kommunale Testzentrum wieder eröffnet werde. Allerdings werde künftig nicht mehr in der Wald-Halle, sondern im Freibad getestet. Der Betrieb werde von der Gemeinde in Zusammenarbeit mit dem DRK organisiert, wobei die Verwaltung jetzt stärker eingebunden sei, weil das DRK derzeit nicht mehr so viele Personen und Arbeitsstunden stellen könne.

§ 2 Anfragen und Anregungen des Gemeinderats

Beratungsverlauf:

BM **Komor** geht zunächst auf die im Vorfeld der Sitzung eingegangenen Fragen ein:

Frage 1.

Freibadkiosk -für das Winterhalbjahr wurde ausschließlich ein Abhol-und Lieferservice beschlossen. Jetzt wird zusätzlich eine Außengastonomie mit "Open end" durchgeführt. Das bedeutet für die Anwohner eine unzumutbare Belastung vor Allem wg. der Lärmbelästigungen auch durch laute Musik. Ist das so mit der Verwaltung abgestimmt und wenn ja mit welcher Begründung?

Antwort:

Das Thema wurde bereits an uns herangetragen. Es fand inzwischen auch ein Gespräch mit Herrn Kugele statt, bei dem er auf die Konditionen des Pachtvertrags hingewiesen wurde.

Frage 2.

Von Anwohnern des Steinbühls wird angeregt, dass entlang der Schultheiß -Huzele str. ein Gehweg angelegt wird, da noch länger mit einem Bringservice von Kindergartenkindern per Auto zu rechnen ist und Fußgänger auf die unbefestigte Grasfläche ausweichen müssen.

Antwort:

Der Weg wird noch übergangsweise als Zufahrt der Eltern genutzt. Nach Ende der Schulsanierung wird die Anlieferung aber voraussichtlich über die Waldhalle erfolgen. Zudem haben wir in vielen Baugebieten überhauptkeinen Gehweg, z.B. in der Bretta- chhöhe. Dort sind aber sicherlich mehr Autos unterwegs. Aktuell ist von uns kein Neubau eines Gehwegs geplant.

Frage 3.

Gibt es einen Plan wie die Parksituation entlang der Hauptstraße von Besuchern des Zeitraum Cafe's entschärft werden kann?

Antwort:

Bisher gibt es keine konkreten Pläne für zusätzliche Parkplätze. Wir werden die Sache mit Herrn Klose noch einmal thematisieren.

Dass unter den von BM Komor genannten Voraussetzungen kein Gehweg entlang der Schultheiß-Huzele-Straße geschaffen werden könne, sei nachzuvollziehen, so Gemeinderätin **Weydmann-Sziel**. Sie regt stattdessen an, wenigstens provisorisch den Seitenstreifen zu schottern, um ihn als Gehweg nutzen zu können. Außerdem bittet sie darum, ähnlich mit dem Weg an der Aschenbahn in Richtung Steinbühl zu verfahren.

BM **Komor** gibt daraufhin Herrn Heiden den Auftrag, die Situation vor Ort zu prüfen und sich gegebenenfalls um die Umsetzung zu kümmern.

Öffentliche Sitzung vom 24. November 2021

Auf die Bitte von Gemeinderätin **Weydmann-Sziel** hin sagt BM Komor zu, dass die mobile Geschwindigkeitsmesstafel im Stangenweg aufgestellt werde.

Zurückkommend auf das kommunale Testzentrum möchte Ortsvorsteher Jürgen **Feger** wissen, ob das Ergebnis künftig ausschließlich über die App übermittelt werden könne. BM **Komor** klärt deshalb auf, dass nach wie vor ein Ausdruck möglich sei, die Getesteten dann aber vor Ort auf das Ergebnis warten müssten. Durch die Nutzung der App werde der gesamte Vorgang deutlich beschleunigt.

§ 3 Einwohnerfragestunde

Beratungsverlauf:

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde meldet sich ein Bürger aus Lachweiler zu Wort, um seinem Ärger über die Telekom Luft zu machen. Er akzeptiere, dass es hin und wieder zu Störungen kommen könne. Zuletzt sei ihm aber gesagt worden, dass dies mehrere Tage dauern könne und auch nicht zu beschleunigen sei. Für ihn bedeute dies ein tagelanger Arbeitsausfall, den er sich nicht leisten könne. Er bittet deshalb den Gemeinderat darum, sich mit Nachdruck für den Ausbau des Mobilfunknetzes einzusetzen und sich gegenüber der Telekom für die Interessen der Gemeinde und ihrer Einwohner stark zu machen

BM **Komor** bestätigt, dass die Zusammenarbeit mit der Telekom tatsächlich nicht einfach sei. Die Gemeinden, also auch nicht er als Bürgermeister, hätten keinen direkten Ansprechpartner. Trotzdem werde natürlich versucht, für die Gemeinde zu erreichen, was möglich ist. Was den Ausbau des Mobilfunknetzes angehe, so wird dies sicher bald schon Thema sein. Er gibt allerdings zu bedenken, dass es auch hier nicht nur Befürworter, sondern eben auch unterschiedene Gegner gebe.

Ein Einwohner aus Mainhardt macht darauf aufmerksam, dass die Bürgerinfo zur Arbeit des Gemeinderats über die Homepage der Gemeinde nicht mehr so umfänglich funktioniere, wie sie es seither getan habe. Zum einen sei keine Recherche mehr möglich und zum anderen seien die Unterlagen nur zum Teil abrufbar. BM **Komor** wundert sich über diese Aussage und kann noch in der Sitzung dem Fragesteller die Funktionsweise der Bürgerinfo erklären und damit die Störungsmeldung widerlegen.

Öffentliche Sitzung vom 24. November 2021

§ 4 **Bewirtschaftungsplan Gemeindewald 2022** Vorlage: 056/2021

Beschluss:

Dem Bewirtschaftungsplan 2022 für den Gemeindewald wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage 056/2021 und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Leiter des Forstamts Herrn Sebastian Schüller.

Herr **Schüller** nutzt die Gelegenheit, sich persönlich dem Gremium vorzustellen und geht dann allgemein auf die Situation im Wald ein. Der Mainhardter Wald weise überwiegend einen Nadelholzbestand auf. Das sei zum einen gut, weil darin viel Kapital stecke aber zum anderen berge dies auch ein hohes Risiko, weil der Verlust entsprechend hoch wäre, wenn das Holz durch Schädlinge oder Klimaeinflüsse geschädigt würde. Im aktuellen Forstwirtschaftsjahr sei es durch umsichtiges Vorgehen und Wirtschaften des Revierleiters Werner Brosi gelungen, ein Plus von rund 80.000 € zu erwirtschaften und zusätzlich durch die Umwandlung eines Fichtenholzbestandes 140.000 Ökopunkte zu generieren.

Anschließend stellt Frau **Karopka**, Mitarbeiterin von Herrn Brosi, die Planung für das kommende Forstwirtschaftsjahr vor, für das wiederum ein großer Holzeinschlag und umfangreiche Maßnahmen zur Generierung weiterer Ökopunkte vorgesehen seien.

Gemeinderat **Enderle** erkundigt sich darauf hin, was es mit diesen Ökopunkten auf sich habe, woraufhin Frau Karopka und BM Komor erklären, dass diese Punkte als Ausgleich für den Flächenverbrauch bei der Gewinnung von Bauflächen angerechnet werden könnten.

Gemeinderat **Truckenmüller** erkundigt sich, wie mit den Rückegassen umgegangen werden, die bei den Arbeiten im Wald teilweise schwer in Mitleidenschaft gezogen worden seien.

Dabei handle es sich wohl vor allem um den gemeindlichen Dachsbachweg, vermutet der Revierleiter Werner **Brosi** und sagt zu, dass dieser zu gegebenem Zeitpunkt wieder eben gezogen werde.

Der Gewinn sei deutlich höher als in den Vorjahren, wundert sich Gemeinderat **Kemppel** und fragt nach dem Grund dafür.

Zum einen liege es daran, dass die Holzpreise zurzeit sehr gut seien und zum anderen sei einfach viel mehr eingeschlagen worden als zuletzt, erläutert Herr **Brosi**. Damit habe man auf den guten Holzpreis reagiert und gleichzeitig gehandelt, bevor Schäden am Holz aufgetreten seien, die es im Wert hätten fallen lassen. Eine größere Menge habe sich außerdem aus dem Fichteneinschlag im Rahmen der Ökomaßnahme ergeben. Ähnlich sei dies auch für

Öffentliche Sitzung vom 24. November 2021

das kommende Forstjahr geplant, erläutert Herr Brosi weiter. Auch hier würde sich durch die vorgesehenen Ökomaßnahmen ein höherer Einschlag ergeben. Abschließend bestätigt Herr Brosi die Mahnung von Gemeinderat **Kemppel**, dass es vorrangig darum gehe, den Wald zu erhalten und nicht, ihn ausbluten zu lassen.

Mit Blick auch auf andere Gemeinden freut sich Gemeinderat **Feuchter** über die wirklich sehr gute Bilanz und bedankt sich für die gute Arbeit des Revierleiters. Dem schließt sich BM **Komor** an und ruft dann zur Beschlussfassung auf.

Öffentliche Sitzung vom 24. November 2021

§ 5 **Neukalkulation Wasserverbrauchsgebühren** **Vorlage: 057/2021**

Beschluss:

Auf der Grundlage der Gebührenkalkulation und der auf Seite 19 der Gebühren-kalkulation beschriebenen Beschlüsse werden die Wasserverbrauchsgebühren wie folgt festgesetzt:

Verbrauchsgebühr ab 01.01.2022 2,77 €/m³

Hinzu kommt noch die gesetzliche Mehrwertsteuer

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Mit Blick auf die Sitzungsvorlage Nr. 057/2021 übergibt BM **Komor** das Wort an Frau **Marchel** vom Büro Allevo, die die Kalkulation sowohl für die Wasserverbrauchsgebühren als auch für die Abwassergebühren erstellt hat.

Zuvor macht BM **Komor** jedoch deutlich, dass der jeweilige Beschluss zur Satzungsänderung im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung lediglich die Konsequenz aus der Beratungen und den Beschlüssen zu den jeweiligen Kalkulationen sei, so dass hier keine zusätzliche Beratung erforderlich vorgesehen sei.

Anhand einer Präsentation, die den Beratungsunterlagen beigelegt war, erläutert Frau **Marchel**, wie die Kalkulation der Gebühren zustande kommt und worin die Veränderungen jeweils in ihrer Höhe begründet seien. Außerdem informiert sie über die Rechtsgrundlagen und die Aufgaben des Gemeinderats bei der Umsetzung dieser Kalkulationen. Wichtig sei es dabei, sich die Unterschiede zwischen der Abwasserbeseitigung und der Wasserversorgung bewusst zu machen, betont Frau Marchel. Während nämlich die Abwasserbeseitigung ein nichtwirtschaftliches Unternehmen darstelle, handle es sich bei der Wasserversorgung um ein Versorgungsunternehmen, das der Steuerpflicht unterliege und Erträge für den Gemeindehaushalt abwerfen dürfe.

Die Kalkulationen, die aufgrund der hohen Abweichungen auf 5 statt wie in anderen Kommune auf 3 Jahren beruhten, würden für die Wasserversorgung zu Gebühren von künftig 2,77 € und für die Abwasserbeseitigung von 2,83 € führen. Im Bereich der Wasserversorgung stelle dies eine Erhöhung um 0,05 € und bei der Abwasserbeseitigung eine Erhöhung um 0,06 € bei den Niederschlagswassergebühren dar. Der Gebührensatz für das Schmutzwasser bleibe unverändert.

Weil dies in vorangegangenen Sitzungen gefragt worden sei, hänge der Sitzungsvorlage außerdem eine Übersicht an, wie sich die Abwassergebühren stattdessen ohne den vorhandenen Grobeinleiter darstellten, ergänzt Herr **Wagenländer**. Fragen aus der Mitte des Gremiums ergeben sich keine, weshalb BM **Komor** zur Beschlussfassung aufruft.

Öffentliche Sitzung vom 24. November 2021

**§ 6 Satzung zur Änderung der Wasserversorgungssatzung
Vorlage: 059/2021**

Beschluss:

Der Satzungsänderung wird zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 5 – Neukalkulation Wasserverbrauchsgebühren.

Öffentliche Sitzung vom 24. November 2021

§ 7 Neukalkulation Abwassergebühren Vorlage: 058/2021

Beschluss:

Auf der Grundlage der Gebührenkalkulation und der auf Seite 45-46 der Gebührenkalkulation beschriebenen Beschlüsse werden die Abwassergebühren wie folgt festgesetzt:

Schmutzwassergebühr ab 01.01.2022	2,83 €/m³
Niederschlagswassergebühr ab 01.01.2022	0,46 €/m².

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 5 – Neukalkulation Wasserverbrauchsgebühren.

Öffentliche Sitzung vom 24. November 2021

**§ 8 **Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung
(Abwassersatzung- AbwS) der Gemeinde Mainhardt vom 27.09.2006
Vorlage: 060/2021****

Beschluss:

Der Satzungsänderung wird zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 5 – Neukalkulation Wasserverbrauchsgebühren.

Öffentliche Sitzung vom 24. November 2021

§ 9 Neubesetzung der Stelle des/der der Jugendreferent/-in Vorlage: 062/2021

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, die Stelle des/der Jugendreferent/Jugendreferentin in Kooperation mit der AWO zu verwirklichen und die Stelle neu zu besetzen. Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, zusammen mit der AWO einen Antrag zur Förderung der Personalkosten zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **Komor** erinnert an die zurückliegenden Beratungen zu diesem Thema. Hierbei seien verschiedene Möglichkeiten zur Ausgestaltung und vor allem zur Ansiedlung der Stelle des Jugendbeauftragten diskutiert worden. Außerdem seien zwischenzeitlich auch mehrere Gespräche mit dem Geschäftsführer der AWO, Herrn Piechot, geführt worden. Diese hätten davon überzeugt, hier einen verlässlichen aber auch flexiblen Partner gefunden zu haben, der es ermögliche, dass die Gemeinde gewissen Einfluss geltend machen könne, auch wenn der Jugendbeauftragte nicht direkt bei ihr angestellt sei.

Die Ergebnisse der Recherche sowie die der Gespräche seien ausführlich in der Sitzungsvorlage Nr. 062/2021 und deren Anlagen dargestellt. Erfreulich sei, dass sich durch das neu aufgelegte Förderprogramm des Bundes vielleicht nun doch auch noch eine gewisse Zuschussmöglichkeit ergebe.

Die Möglichkeit bestehe durchaus, bestätigt auch Herr **Piechot**, der sich ebenfalls zur Sitzung zugeschaltet hat. Allerdings gelte es zunächst, möglichst kurzfristig einen Antrag zu stellen, um in dieses Förderprogramm aufgenommen werden zu können. Er räumt ein, dass die Förderkulisse sich nicht ganz mit dem decke, was in Mainhardt an Jugendarbeit geplant sei, macht aber trotzdem Hoffnung auf eine mögliche Aufnahme ins Programm.

BM **Komor** bedankt sich bei Herrn Piechot für die konstruktiven Gespräche und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Ergänzende Fragen werden aus der Mitte des Gremiums nicht gestellt, so dass BM **Komor** den Beschluss zur Abstimmung aufruft.

Öffentliche Sitzung vom 24. November 2021

§ 10 Investive Maßnahmen 2022 Vorlage: 055/2021

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Planung der investiven Maßnahmen für 2022 zu.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Frau Kübler berichtet, dass mit der Planung für den Haushalt 2022 begonnen worden sei, Zunächst wolle man aber nun wie in den Jahren zuvor, wieder die Schwerpunkte mit dem Gemeinderat abstimmen. Dazu habe man eine Übersicht der Investiven Maßnahmen erstellt, die Frau Kübler nachfolgend anhand der Sitzungsvorlage Nr. 055/2021 erläutert. Dabei geht sie die Positionen im Einzelnen durch und erklärt die jeweiligen Ansätze, bei denen es sich, wie zum Beispiel bei der Schulsanierung, um Beträge handelt, die bereits zuvor veranschlagt aber noch nicht abgeflossen seien oder um einen pauschalierten Ansatz oder ein Budget, wie etwa bei den Positionen Ausbau Gemeindestraßen oder Grunderwerb, für die noch kein konkretes Projekt hinterlegt sei.

Gemeinderat Heiko **Feger** erkundigt sich, inwieweit der Digitalpakt in Anspruch genommen werde, um etwa die Schule bzw. die Schüler mit eigenen Tablets auszustatten, wie dies nun in Schwäbisch Hall der Fall sei.

Herr **Wagenländer** berichtet, dass der Digitalpakt bereits verschiedentlich genutzt worden sei und auch noch genutzt werde, zum Beispiel für die Anschaffung von Tablets für bedürftige Schüler oder für die zur Verfügungstellung des WLans in der Schule oder auch für die digitale Ausstattung der Schule insgesamt.

BM Komor erläutert hierzu das Förderprogramm, für dessen Inanspruchnahme ein Medienentwicklungsplan vorliegen müsse, der von der Schule auch bereits aufgestellt worden sei. Auf die Frage nach einer möglichen Einsichtnahme in diesen Plan verweist BM **Komor** Gemeinderat Heiko **Feger** an die Schulleitung, Frau **Kuhn**.

Öffentliche Sitzung vom 24. November 2021

§ 11 Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung in der Römerstraße - Bericht aus der Kreisverkehrsschau 2021 Vorlage: 045/2021

Beratungsverlauf:

BM **Komor** erinnert an die Zusage, die Frage der Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung in der Römerstraße im Rahmen der Kreisverkehrsschau mit den Vertretern der Polizei, der Straßenverkehrsbehörde und der Straßenmeisterei abzuklären.

Das Ergebnis dieser Kreisverkehrsschau sei in der Sitzungsvorlage Nr. 045/2021 dargestellt.

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass aus Sicht der Verkehrsschaukommission insbesondere im Hinblick auf die Nachteile von der Einrichtung einer Einbahnregelung abgeraten wird.

Nachdem keine weiteren Punkte zur Beratung anstehen, schließt BM **Komor** den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.25 Uhr.